

Änderungsantrag der Fraktion **DIE LINKE****Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2012 und 2013****u3-Ausbau**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	41	Jugend und Soziales
Produktbereich:	41.01	Hilfen für junge Menschen und Familien
Produktgruppe:	41.01.02	Tagesbetreuung

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2012 um 12 950 T€ erhöht.

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2013 um 25 900 T€ erhöht.

Dementsprechend werden die folgenden Leistungsziele/Leistungskennzahlen geändert:

– Durch die zusätzlich eingestellten Mittel ist 2013 die angegebene u3-Betreuungsquote von 35 % in Bremen und Bremerhaven zu realisieren. –

II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	04	Jugend und Soziales, Ausländerintegration
Kapitel:	0402	Allgemeine Bewilligungen für Jugend
Titel:	984 42-2	An Hst. 3432/384 42-9 für den Betrieb von Kindertagesbetreuungsplätzen u3

Der Anschlag wird für das Jahr 2012 von 6 528 100 € um 9 120 000 € auf 15 648 100 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2013 von 7 937 500 € um 18 240 000 € auf 26 177 500 € erhöht.

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	04	Jugend und Soziales, Ausländerintegration
Kapitel:	0402	Allgemeine Bewilligungen für Jugend
Titel:	984 42-9	An Bremerhaven für den Betrieb von Kindertagesbetreuungsplätzen u3

Der Anschlag wird für das Jahr 2012 von 1 670 600 € um 3 830 000 € auf 5 500 600 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2013 von 2 337 200 € um 7 660 000 € auf 9 997 200 € erhöht.

Erläuterung

Nach Berechnung der Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft sind die veranschlagten Mittel notwendig, um 2013 tatsächlich eine Betreuungsquote von 35 % aller Kinder unter drei Jahren zu erreichen. Da die tatsächlich nachgefragte Quote aller Voraussicht nach um 50 % liegen wird und Eltern einen Schadensersatzanspruch haben, wenn ihr Betreuungswunsch nicht erfüllt werden kann, sind die veranschlagten Mittel mit Sicherheit gut eingesetzt.

Klaus-Rainer Rupp,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE